15 Pfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Lützow 1902, 3248, 3394, 7248, 7808, 7388, 7377, 7592, 7600.

Preis für die Anzeigenzeile Mk 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.– zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 455. Donnerstag, 18. September 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Der Rückzug aus Rußland.

Eigene Drahtmeldung.

V. **Kopenhagen**, 18. September.

Der Beschluß der Verbündeten, ihre Truppen aus Rußland zurückzuziehen und das Land seinem Schicksal zu überlassen, beschäftigt die öffentliche Meinung Englands in außerordentlichem Maße. Große Aufsehen erregen Aeußerungen des sozialdemokratischen Unterhausmitgliedes Ward, der aus Rußland, wo er das Kommando über eine britische Truppenabteilung geführt hat, nach London zurückgekehrt ist. Ward, der in der englischen Arbeiterpartei eine führende Stellung einnimmt, äußerte, wie die „Nationalliberale" mitteilt, er könne sich nicht denken, daß der Beschluß des Generalrätekongresses in Gschgow, die Räumung Rußlands vorläufig zu erzwingen, auch nur den geringsten Einfluß auf die Maßnahmen der Regierung ausgeübt hätte. Dem Kongreß fehle jede Kenntnis der russischen Verhältnisse. Ward erklärt weiter, daß er innerhalb und außerhalb des Parlaments die neue Politik der Verbündeten gegen Rußland bekämpfen werde. Das sei ein Verrat an den russischen Freunden.

Im Anschluß an diese Aeußerungen Wards fordern die „Times", die Regierung solle die Gründe zu dieser Haltung unverzüglich bekanntgeben. Das Blatt spricht die Befürchtung aus, das Ergebnis der neuen Politik der Verbündeten werde sein, daß Deutschland entweder als Befreier Rußlands von dem bolschewistischen Terror auftreten oder ein Bündnis mit der Sowjet-Regierung eingehen werde. In beiden Fällen könne es Rußland wirtschaftlich und politisch ausbeuten. Die „Daily Mail" äußert sich in gleicher Richtung und fügt die Meldung hinzu, daß Kolischak bereits Vertreter nach Berlin (!) geschickt habe, um über die Bildung eines anti-bolschewistischen Heeres zu verhandeln.

*

Haag, 18. September. Der „Nieuwe Courant" meldet aus Washington, daß Lansing sich geweigert hat, eine Erklärung über die Enthüllungen Bullitts abzugeben.

Luxemburgs Volksabstimmung.

Eigene Drahtmeldung.

o. **Luxemburg**, 17. September.

Die Frage des wirtschaftlichen Anschlusses und der künftigen politischen Staatsform des Großherzogtums ist in ein neues Fahrwasser gelangt, nachdem nunmehr der 28. September als Zeitpunkt für die wirtschaftliche und politische Volksabstimmung festgelegt ist. Das Volk wird sich darüber zu erklären haben, ob es sich wirtschaftlich an Frankreich oder Belgien anschließen will, und es soll bestimmen, ob es diese oder eine andere Dynastie vorzieht, ob es die Republik oder eine Monarchie wünscht. Da nun die belgische Regierung hat mitteilen lassen, die belgische Dynastie kandidiere nicht für den Luxemburgischen Thron, so sind die Luxemburgischen Empfindlichkeiten in dieser Frage ziemlich beschwichtigt, wenngleich noch in einem Teil der Presse ein gewisses Mißtrauen zum Ausdruck kommt.

Wahrscheinlich wird die Regierung auf den jetzt ausgedrückten Wunsch Belgiens das Ergebnis der wirtschaftlichen Unterhandlungen zwischen beiden Ländern veröffentlichen, aus denen nach belgischer Auffassung hervorgehen soll, daß Luxemburgs Interesse in einem wirtschaftlichen Anschluß an Belgien liege.

Lebensmittelunruhen in Köslin.

Drahtmeldung.

Köslin, 17. September.

Zu Lebensmittelplünderungen kam es heute vormittag, nachdem sich bereits gestern kleinere Unruhen bemerkbar gemacht hatten. Eine größere Menschenmenge, hauptsächlich junge Burschen, die von den Werken der hiesigen Lutterkerbsgesellschaft entlassen worden sind, stürmte die in der Nähe des Marktes gelegenen Lebensmittel-, Zigarren-, Schuh- und Manufakturwarengeschäfte und plünderte sie. Der Schaden ist noch nicht übersehbar, die Polizei war machtlos. Nach fast zwei Stunden erschien ein Militärauto, das die Plünderer zerstreute, ohne daß es zu Blutvergießen gekommen wäre. Der Führer der hiesigen Unabhängigen hatte vergeblich versucht, die Menge zu beruhigen. Die meisten Verkaufsstellen haben jetzt geschlossen.

Heute nachmittag wurden noch verschiedene Geschäfte geplündert. Einige Verhaftungen konnten vorgenommen werden, dann aber belagerte die Menge das Rathaus, um die Verhafteten zu befreien. Die Garnison hielt sich zurück, da sie viel zu schwach ist. Heute wacht werden Reichswehrtruppen erwartet. Man befürchtet Plünderungen aller hiesigen Geschäfte. Am Vormittag hatte der Landrat mit einer Abordnung wegen der schlechten Lebensmittelversorgung der Kösliner Bevölkerung verhandelt.

Nach Eintritt der Dunkelheit versuchte die Menge gegen 8 Uhr in die Fremdenhöfe einzudringen, um Lebensmittel und Getränke zu erbeuten, was jedoch nicht gelang. Dagegen drang sie in die in der Neuen Kirchstraße gelegene Bauernschänke ein und raubte Spirituosen. Darauf zog die Menge vor die Dienstwohnung des Landrats, in der die Tochter des letzten Landrats geboren wurde, bekam jedoch den Landrat nicht zu sprechen. Man schrie nach Schnaps und Spirituosen. In das Gebäude einzudringen, gelang nicht, da es durch ein starkes Gendarmerieaufgebot bewacht wird. Für die Nacht sind Vorsichtsmaßregeln getroffen; so wurde die Post von bewaffneter Jugendwehr besetzt. Die sozialistischen Parteien, die zum Montag Kundgebungen gegen die Lebensmittelteuerung angesagt hatten, stehen diesem Treiben dringend fern. Ein sozialistischer Führer, der die Aufständischen zu beruhigen versuchte, soll verprügelt worden sein.

Verstärkung der Truppen.

Köslin, 18. September. Im Laufe der Nacht kam es zu weiteren Plünderungen. Gegen 11 Uhr stürmte die Menge die am Markt gelegenen Herrenartikel- und Konfektionsgeschäfte von Eduard Bausch und Gebrüder Hirschfeld. Ein Teil der Einwohnerwehr, die einzuschreiten versuchte, wurde entwaffnet. Bei den Plünderungen gab das Militär Feuer. Fünf Personen wurden verwundet, darunter zwei Mitglieder der Einwohnerwehr. In den frühen Morgenstunden trafen Truppenverstärkungen ein.

Putschversuche in Braunschweig.

Der Sammelplatz der Spartakisten.

Eigene Drahtmeldung.

f. **Braunschweig**, 18. September.

In verflossener Nacht haben in verschiedenen Stadtteilen einheimische und auswärtige Matrosen und Spartakisten Unruhen verursacht. Am Hauptbahnhof und in seiner Umgebung bedrohten einige hundert Spartakisten und andere zweifelhafte Elemente eine kleine Abteilung von Reichswehrsoldaten, die von der Menge umzingelt und festgehalten wurde. Nach längeren Bemühungen gelang es einem größeren Truppenaufgebot, ohne Blutvergießen die bedrängten Soldaten zu befreien und die Spartakisten zu zerstreuen. Im Laufe des heutigen Tages sind planmäßig Zusammenrottungen von Unzufriedenen am Westbahnhof und in der Wolfenbüttelerstraße erfolgt.

Auch die militärische Wache am Cuxemer Weiher, wo sich ein Waffen- und Munitionsdepot der Reichswehr befindet, wurde ein Ueberfall versucht. Die Spartakisten feuerten auf die Wachmannschaften mehrere scharfe Schüsse ab. Ein Soldat wurde verwundet. Die Täter sind unerkannt entkommen. Neuerdings bewegen sich in den Straßen der Stadt auffallend viel auswärtige Spartakisten, Matrosen und zahlreiche Verbrecher, die Sicherheit und Eigentum in hohem Maße gefährden und offenbar nur zur Unterstützung eines Umsturzes nach Braunschweig bezoge sind. Infolgedessen befassen sich die sozialistischen Gewerkschaften jetzt mit der Ausführung systematischer Putsche, deren Hauptziel der Sturz der braunschweigischen Regierung, die Einführung des Rätesystems und die Diktatur des Proletariats ist. Da den hiesigen Kommunisten und Unabhängigen außer großem Menschenmaterial erhebliche Mengen von Gewehren, Maschinengewehren, anderen Waffen und Munition, die sie verborgen halten, zur Verfügung stehen und die Garnison verhältnismäßig schwach ist, darf der Ernst der neuerdings hier betriebenen Umsturzbewegung nicht unterschätzt werden.

Wiederbeginn der Landesversammlung.

Das Plenum der Preußischen Landesversammlung trat heute nachmittag gegen 2 Uhr zum ersten Male nach den Ferien wieder zusammen. Die Sitzung begann mit der Bekanntmachung einer Reihe kleiner Anfragen. Ferner steht auf der Tagesordnung die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919.

Die Provinzialautonomie für Oberschlesien.

Wie wir hören, wird die beabsichtigte Provinzialautonomie für Oberschlesien am 1. Oktober in Kraft treten.

Schiffsgeschütze gegen d'Annunzio.

Drahtmeldung.

Wien, 17. September.

Nach einer Meldung des Laibacher Korrespondenzbureaus aus Bucarei haben nach einer Besprechung der verbündeten Kommandanten in Adbazia alle Kriegsschiffe der Alliierten den Hafen von Fiume verlassen und ihre Geschütze auf die Stadt gerichtet. Man erwartet, daß den Aufständischen ein Ultimatum gestellt wird, Fiume binnen 24 Stunden zu verlassen; andernfalls werde mit allen Mitteln gegen die Meuterer eingeschritten.

Der Oberste Rat verlangt die Auslieferung des Kaisers.

S. **Haag**, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der englische drahtlose Dienst mitteilt, hat der Oberste Rat beschlossen, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um von Holland die Auslieferung des früheren Kaisers für einen Prozeß in England zu erlangen. Der holländischen Regierung wird jetzt eine amtliche Aufforderung zur Auslieferung des Kaisers zugestellt werden.

Ernennung eines ständigen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt.

Eine Berliner Mittagszeitung meldet, daß die seit langem geplante Neueinrichtung des Amtes eines ständigen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt nach englischem Muster beschlossen worden ist. Welche Persönlichkeit der erste derartige Staatssekretär sein würde, stehe nicht fest, indessen würde in unterrichteten Kreisen angenommen, daß Graf Bernstorff für diesen Posten in Aussicht genommen sei. Der erste Teil der Meldung dürfte vielleicht als zutreffend bezeichnet werden, da bei der Reorganisation des Auswärtigen Amtes der Plan bestand, neben dem politischen Staatssekretär das Amt eines ständigen Sekretärs für den inneren Dienst zu schaffen. Im übrigen steht über den Zeitpunkt der Einführung des neuen Amtes wie über die Ernennung einer bestimmten Persönlichkeit an zuständiger Stelle noch nichts fest.

Das Urteil im Geiselmordprozeß.

nn. **München**, 18. September. Das Urteil im Geiselmordprozeß wurde heute nachmittag gefällt. Es lautet gegen Fritz Seidl, Schicklhofer, Fehmer, Josef Seidl, Wibl und Hefflemann auf Todesstrafe. Neun andere Angeklagte erhalten Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren. Der Student Pertemayer wurde freigesprochen. Die Todesurteile bedürfen der Bestätigung des bayerischen Gesamtministeriums. Wenn dieses seine Zustimmung erteilt, müssen die Urteile innerhalb 24 Stunden vollstreckt sein.

Valutareformen.

Wie wir erfahren, beschäftigen sich angesichts des schlechten Valutastandes die zuständigen Stellen damit, Mittel und Wege für eine allgemeine Besserung dieser für die gesamte Volkswirtschaft bedeutsamen Erscheinung zu finden. Es ist klar, daß die Mittel, die diesem Ziel hinführen können, wenn eine gewisse Stabilität der staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten sein wird, wofür erste Voraussetzung die Ratifikation des Friedens ist. Die Gründe des fortdauernden Herabgehens unserer Valuta sind in der Presse vielfach erörtert worden und liegen vollkommen klar zutage. In erster Linie ist die durch den Krieg hervorgerufene Vermehrung des künstlichen Kredites des Reiches durch übermäßige Ausgabe von Papiergeld hervorgerufen, ohne daß diesem gesteigerten Kredit eine wirkliche Vermehrung des Volksvermögens gegenüberstände. Der Papierwirtschaft wird Einhalt geboten werden können durch die Erhöhung der Steuern und die Verminderung der Ausgabe, die ja in Bahnen bereits geschehen ist.

Als zweites Mittel wird die Herausgabe fundierter Anleihen anzusehen sein, die, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, vom Reichsfinanzministerium beabsichtigt wird. Prämienanleihen werden einen besonderen Anreiz zu deren Erwerb bieten. Auf der anderen Seite wird Vorsorge getroffen werden müssen, daß durch die Herausgabe von Prämienanleihen die Reichsanleihe nicht dadurch geschädigt wird, daß die Besitzer von Reichsanleihen diese nicht veräußern, um die vorteilhafteren Prämienanleihen zu erwerben.

Als weiterer maßgebender Grund für die Valutaentwertung ist die starke Passivität unserer Handelsbilanz anzusehen. Diese war bekanntlich vor dem Kriege, wie auch in allen anderen hochentwickelten Industrieländern, passiv, aber das längst nicht in dem Grade, wie das jetzt der Fall ist, wo Deutschland verhältnismäßig wenig für den Weltmarkt produziert, weil es fast Jahren von Rohstoffen entblößt ist und auf noch nie dagewesene Arbeitsschwierigkeiten stößt. Verschärft worden ist die Lage vor allem dadurch, daß die Zollgrenze infolge der Besetzung im Westen hinausgeschoben worden ist und heute nicht mehr mit der Reichsgrenze zusammenfällt, sondern daß das Loch im Westen, das durch die Entente-Besetzung in den Wirtschaftskörper Deutschlands geschlagen worden ist, von dem Verband in starkem Maße zur zollfreien Einfuhr von Waren benutzt wird.

An zuständiger Stelle wird mit Bestimmtheit damit gerechnet, daß diesen unhaltbaren und die gesamte Volkswirtschaft schädigenden Zuständen spätestens mit der vollzogenen Ratifikation des Friedens ein Ende gesetzt wird.

Als dritter Grund der Valutaentwertung ist die Kapital- und Steuerflucht anzusehen. Die Kapital- und Steuerflucht hat sich naturgemäß verstärkt durch, daß Gesetze geschaffen worden sind, um das Kapital steuertechnisch zur Vermögensabgabe heranzuziehen. Es sind besondere Maßnahmen getroffen, um der Steuerflucht entgegenzutreten; insbesondere ist hier zu erwähnen, daß der Finanzminister das Recht erhalten hat, nach vorheriger Genehmigung durch einen parlamentarischen Ausschuß besondere Verordnungen hierzegen zu erlassen, die ihm notwendig erscheinen. Der Presse obliegt die Pflicht, Inserate, die die Flucht von Vermögensteilen nach dem Ausland mit fördern könnten, zu inhibieren. Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist die Schaffung eines Gesetzes, das solche Inserate unter Strafe stellt, in Aussicht genommen worden.

Als vierter Grund des Herabgehens der Valuta ist die Valutaspekulation anzusehen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß an dieser Spekulation nicht nur das Ausland, sondern auch das Inland sich beteiligt. Es wird notwendig sein, daß die Spekulation nach der Lage à la hausse spekuliert, um mit zu einer Wiedergesundung der Valuta beizutragen. Sollte dieser Ausgleich nicht aus der Vernunft selbst und aus dem natürlichen Spiel der Kräfte kommen, so werden auch in dieser Beziehung besondere Maßnahmen erwogen, um den spekulativen Auswüchsen wirksam entgegentreten zu können. Vielfach wird als Grund der Valutaentwertung noch die Maßnahme angeführt, daß wir die Einfuhrausdem Auslande in fremdländischer Währung bezahlen müssen.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß die fremdländischen Ausfuhrfirmen mit einer Bezahlung in Mark nicht einverstanden sind. Andererseits würde die Bezahlung in Mark doch die Wirkung haben, daß die Bestände an Mark sich im Auslande vermehren und dadurch ihrerseits wiederum valutadrückend wirken würden. In ähnlicher Weise ist die Maßnahme der Reichsregierung zu würdigen, daß der deutsche Export im wesentlichen mit fremder Valuta bezahlt werden müsse. Die Reichsregierung muß hierzu feststellen, weil der nach Deutschland einführende fremdländische Exporteur Bezahlung in fremdländischer Valuta verlangt und weil nur mit der angedeuteten Maßnahme es möglich ist, sich die für die Bezahlung der Einfuhr notwendige ausländische Valuta zu verschaffen. Wäre die Verordnung der Reichsregierung nicht erst erlassen, so würde man sich mit vieler Mühe auf andere Weise ausländische Werte verschaffen, was beiderseits wieder kursdrückend wirken würde. Es handelt sich um eine Reihe von sehr komplizierten Erscheinungen, die lediglich als Gesamtbild beurteilt werden können.

Argentinien als Einwanderungsland.

Von einem Sonderberichterstatter.

Buenos Aires, 2. August.

Nicht mit Unrecht ist in Deutschland wiederholt über das Verlangen der deutschen Propaganda im Ausland geklagt worden. Wenn aber irgendwo dieser Vorwurf angebracht war, so daß das für Argentinien gelten. Die beiden in Buenos Aires erscheinenden deutschsprachigen Tageszeitungen, die „Deutsche La Plata-Zeitung" und das „Argentinische Tageblatt", sowie die in spanischer Sprache herausgegebene deutsche Interessen vertretende „Union" erfüllten zwar ihre Pflicht gegen das Germanentum nach besten Kräften, wären aber allein nicht imstande gewesen, den Präsidenten Irigoyen bei seiner Neutralitätspolitik wirksam zu unterstützen. Dazu waren andere Kräfte nötig: die deutsche Propaganda, die neben ihrer Leistungen in unserem Land rückhaltlose Anerkennung verdient. Sie war es, die der deutschen Sache die Sympathien weiter Kreise erhielt oder machte, indem durch ihre Leiter an 200 Bücher und Broschüren allergeistreichsten Inhalts veröffentlicht wurden, die das freudige Element über Deutschlands Leistungen auf allen Gebieten aufkärte, die Lügen über Deutschland widerlegte es über den allen schwächeren Nationen gefährlichen Ententeimperialismus informierte und auf diese Weise der argentinischen Neutralitätspolitik immer neue Anhänger verschaffte. Damit wurde erreicht, daß die zu Kriegsbeginn vorherrschende entente-freundliche Volksstimmung sich mehr verlor, daß die für den Bruch mit Deutschland eintretenden Stimmen kein Gehör fanden und daß schließlich am bitteren Ende das zurückbeten Dramas an die Stelle der anfänglichen Antipathie gegen Deutschland etwas ganz anderes trat, das von regelrechtem Haß gegen die angelsächsischen Weltherrschaftspläne nicht mehr weit entfernt war. So kam es, daß heute ein große Teil der Bevölkerung der früher anders dachte in dem Deutschen nicht mehr die Verkörperung des Potsdamer Drills und der politisch-sozialen Rückständigkeit erblickt, sondern übersieht ist, daß von der jetzt so viel erörterten deutschen Einwanderung Segen und Vorteil für das Land zu erwarten ist, nämlich: Intensivzeit, Organisation, Disziplin, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt. In dieser Hinsicht hat also der deutsche Propagandaeifer den Boden für die deutsche Zuwanderung gründlich vorbereitet.

Nichtsdestoweniger wäre es verfehlt, darum allen einer deutschen Massenzuwanderung das Wort reden zu wollen. Vielmehr hat jeder, der die hiesigen Verhältnisse kennt, die Pflicht, zu warnen, statt zur Einwanderung aufs Geratewohl zu raten, und tut gut daran, allen Interessenten die größte Vorsicht und reifliche Ueberlegung zu empfehlen.

Allerdings wäre es eine Uebertreibung, wenn man behaupten wollte, die deutsche Emigrantenströmung habe in den zunächst betreffenden Kreisen Panik erregt. An die fünf Millionen, auf die man sie beziffert, glaubt hier kein Mensch. Nicht einmal an die Hunderttausende, von denen in weniger phantastischen Meldungen die Rede war. Wohl aber ist man hier überzeugt, daß Zehntausende kommen werden, und schon dieses Bewußtsein genügt, um die deutsche Kolonie am La Plata in ernste Besorgnis zu versetzen. Ist sie sich doch darüber klar, daß die sich dann für sie ergebenden Aufgaben nicht allein weit über ihre Kräfte hinausgehen, sondern daß auch die argentinische Landwirtschaft mit ihren gegenwärtigen Bodenbesitzverhältnissen, ihrer lückenreichen Agrargesetzgebung, die seit Jahren immer wieder zu Kolonisationsreiks führt, und ihrem noch recht unvollkommenen Verkehrssystem für einen derartigen Massenzustrom unvorbereitet ist.

Man wird gewiß einwenden, Argentinien sei von jeher ein Einwanderungsland „par excellence" gewesen. Und die Fragen lauten: Warum soll gerade jetzt dieser Staat, der vor dem Kriege ohne Schwierigkeiten eine jährliche Zuwanderung von Hunderttausenden aus Südeuropa, von Spaniern, Italienern und Türken erfuhr, auf einmal außerstande sein, dem Zustrom viel geringerer deutscher Arbeitskräfte gerecht zu werden, die vor den Skandalen den Vorteil voraus haben, viel disziplinierter zu sein? Besteht nicht in Buenos Aires ein großartiges staatliches Einwanderungshotel, in dem die jeweiligen Ankömmlinge in den ersten Tagen ärztlicher Untersuchung und unentgeltlicher Verpflegung finden? Werden sie nicht von den Landesbehörden in zuvorkommender Weise nach irgend welchem Punkt der ausgedehnten Republik, nach dem sie ihre Interessen rufen, oder wo sie Beschäftigung zu finden hoffen, kostenlos befördert?

Das ist alles richtig. Auf alle diese Fragen gibt es nur eine bejahende Antwort. Indessen ist eins zu bedenken: Deutsche Einwanderer dürfen nicht wie Südeuropäer gewertet werden, die zum größten Teil überzeugt nur als Saisongänger — ähnlich wie vor dem Weltkrieg die Polen und Russen in Deutschland — nach Argentinien kommen, um in der Ernte zu arbeiten und dann mit ihren Sommerverdienst wieder in die Heimat zurückzukehren. Trotz aller Entbehrungen während der Kriegsjahre werden auch die armen unterer Landsleute gegenüber diesen Parias noch immer als „verwöhnte Mittteleuropäer" zu betrachten sein, die hier mit schwer oder nie erfüllbaren Ansprüchen auftreten.

In gewisser Hinsicht ist zu berücksichtigen, daß der praktische Landwirt derjenige Einwanderer ist, den Argentinien am meisten nötig hat. Indessen dürfen wir wohl annehmen, daß gerade diese Bevölkerungsklasse Deutschlands nur einen geringen Teil der Auswanderer stellen wird, besonders jetzt, in der Zeit des Wiederaufbaues, wo der die Heimat für ihr noch gebliebenen Landsmitte dringender denn je braucht und ihnen wohl auch ein leichteres Fortkommen als ehedem ermöglichen wird.

Die hierher gelangten Mitteilungen lassen denn auch kaum Zweifel darüber, daß sich der weitaus größte Bruchteil der Zuwanderer aus Kopfarbeitern, ehemaligen Beamten, früheren Heeresangehörigen und vielleicht auch einigen Handwerkern zusammensetzen wird. Da fragt es sich nun: Ist Argentinien, das bis heute als ausgesprochener Agrarstaat gelten muß und erst, durch die Kriegsjahre gewinnen, in jüngster Zeit schüchterne Versuche zu industrieller Belebung wagte, geeignet, eine solche Auswanderung aufzunehmen?

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß mittellose Einwanderer hierzulande leichter vollends zugrunde gehen als in anderen in der Industrieentwickelten